

Wiesbadener Tagblatt.

Berlag: Langgasse 27.

17,500 Abonnenten.

Einzelnen-Preis:

Die einseitige Beilage für lokale Anzeigen 15 Pfg., für auswärtige Anzeigen 25 Pfg. — Reclamen die Beilage für Wiesbaden 50 Pfg., für Auswärts 1 M.

40. Jahrgang.
Erscheint in zwei Ausgaben. — Bezugs-Preis:
durch den Verlag 50 Pfg. monatlich, durch die
Post 2 M. 50 Pfg. vierteljährlich für beide
Ausgaben zusammen.

Anzeigen-Aannahme für die Abend-Ausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr Nachmittags. — Für die Aufnahme später eingereichter Anzeigen zur nächstfolgenden Ausgabe wird keine Gewähr übernommen, jedoch nach Möglichkeit Sorge getragen.

No. 42.

Redaktions-Zersprecher No. 52.

Freitag, den 25. Januar.

Verlags-Zersprecher No. 2266.

1901.

Abend-Ausgabe.

Herr v. Brandt über die eingebilbete und wirkliche gelbe Gefahr.

Ueber die eingebilbete „gelbe Gefahr“, wie sie in den Köpfen mancher Leute spukt, daß nämlich der menschen-gefüllte, bedürfnislose Osten in absehbarer Zeit die westliche Industrie und Kultur vernichten werde, spricht sich im Januarheft der „Zeitschrift für Socialwissenschaft“ der Wirkliche Geheim Rath, Gesandte a. D. v. Brandt in Weimar aus, und im Anschluß daran beleuchtet er die wirkliche Gefahr, die uns vom Osten droht, daß wir nämlich an vorläufig noch ganz ausichtslose Märkte unser Geld wagen, daß wir in chauvinistischer Erregung den Hunger nach kostspieligen Kolonien zu stillen suchen und uns Lasten aufbürden dadurch, an welchen der Konsum im Lande schwer trägt und darum immer unzufriedener wird. Die eingebilbete „gelbe Gefahr“ zu verpöten giebt dem früheren deutschen Gesandten in Peking eine pancaussische Prosjüre des Juan Gillins Anlaß; dieser Herr Gillins sieht den ganzen europäischen Westen der Russifizierung verfallen, nachdem seine Bevölkerung im Konkurrenzkampf mit China, Japan und Indien verelendete, das gesammte Kapital sich in wenigen Händen sammelte. Neben dem billigen Arbeiter des Ostens wird der theure des Westens nicht bestehen können; die Kulis machen Alles todt.

Mit Recht weist demgegenüber Herr Brandt darauf hin, daß neben der Billigkeit auch die Güte der Waare in Betracht kommt. So seien amerikanische Baumwollwaaren entschieden theurer als englische, trotzdem haben sie diese in manchen Geschäftszweigen verdrängt. Englische Drills sind z. B. von 416,669 Stück in 1886 auf 78,887 in 1899 herabgegangen, amerikanische haben in derselben von 620,803 auf 1,626,107 zugenommen. Eben so stand es mit weißen Baumwollstoffen (sheestings); 662,960 Stück engl. und 1,368,114 amerik. Ursprungs in 1887 standen 1899 gegenüber 763,762 englische und 3,975,903 amerikanische.

Wörtlich schreibt dann Herr v. Brandt: „Daß eine gewisse Gefahr für Europa und die europäische Arbeiterschaft in der großen Menschenmenge und den billigen Lebens- und Wohnungsbedürfnissen resp. Preisen Ostasiens besteht, und daß gewisse Industriezweige unter der Konkurrenz der gelben Rasse zu leiden haben und vielleicht werden schwer geschädigt werden, kann und soll trotzdem nicht in Abrede gestellt werden; aber man würde unrecht thun, diese Gefahr zu überschätzen. Der gefährlichste Konkurrent Europas sind heute die Vereinigten Staaten, und Niemand wird behaupten wollen, daß die von ihnen drohende Gefahr auf billige Arbeitsbedingungen und Löhne zurückzuführen sei; sie liegt vielmehr in der manuellen Geschicklichkeit der Arbeiter, den vortheilhaften Maschinen und den der Industrie zur Verfügung stehenden Talenten und Kapitalien. Die Maschinen kann Europa oder Amerika nach dem Osten liefern und das Geld ebenfalls, aber wenn auch Japaner und Chinesen in manueller Geschicklichkeit dem Europäer und Amerikaner gleich und vielleicht über sind, so fehlt es ihnen doch an körperlicher Kraft und Ausdauer und vor Allen an dem Ordnungssinn, ohne den ein geordnet betriebener Fabrikbetrieb nicht denkbar ist. Nach den Berichten englischer Sachverständiger, die nicht geschrieben worden sind, um den englischen Industriellen einen sich später bewährenden Trost zu geben, gehören drei bis vier Japaner dazu, um die Arbeit eines Engländers zu thun, und ganz ähnliche Erfahrungen scheinen in China mit der Arbeit der Chinesen in den Fabriken gemacht worden zu sein. Wenigstens sind die erwarteten Gewinne ausgeblieben und haben sich theilweise sogar in nicht unerhebliche Verluste der Aktionäre verwandelt. In Europa ist der Uebergang von der Hausindustrie zur Fabrikindustrie ein sehr langsamer gewesen, und es ist erst während der letzten 50 Jahre geschehen, daß die letztere die nun in Erlauner- und wohl auch in Schreden verjeuenden schnellen Fortschritte gemacht hat; die Schwierigkeiten, die in Europa und Amerika den intensiven Fabrikbetrieb bedrohen, höhere Ansprüche der Arbeiter und Ausstände derselben, werden auch China und Japan nicht erspart bleiben, die Löhne und Preise der Lebensbedürfnisse sind dort schon recht erheblich in die Höhe gegangen und werden dies in Zukunft noch mehr thun, wodurch wenigstens ein theilweiser Ausgleich den europäischen und amerikanischen Verhältnissen gegenüber eintreten muß. So lauten die letzten Nachrichten aus Japan dahin, daß die japanischen Spinnereien im letzten Geschäftsjahre so wenig befriedigende Ergebnisse erzielt hätten, daß an eine Reduktion der in ihnen angelegten Kapitalien durch Abschreibung gedacht werde. Auch die Bündholzchen-Aus-
Wirkung ist infolge schlechter Qualität besonders nach Indien

erheblich zurückgegangen. (Gesamttausfuhr 1899 601,000 Tstr. gegen 641,000 Tstr. im Vorjahre.)

Was den Abfluß vom Kapital nach Ostasien betrifft, so wird ein solcher unzweifelhaft stattfinden, aber er wird sich voraussichtlich noch während längerer Zeit innerhalb beschränkter Grenzen halten. In erster Linie sind die Verhältnisse weder in China noch in Japan der Art, daß sie das Vertrauen erwecken und verdienen, das die Grundbedingung jedes Zuflusses von Kapital sein muß, dann aber dürfte ein solches Ereigniß nicht die traurigen Folgen haben, die man ihm irrthümlicher Weise vielfach zuschreiben geneigt zu sein scheint. Es ist im Gegentheil unbestreitbare Thatsache, daß sich höher entwickelte Länder auch bessere Abnehmer sind, und daß die in der einen oder anderen Form nach dem Ursprungslande des Kapitals zurückfließenden Zinsen der dortigen Industrie zu Gute kommen, da sie die Lebensansprüche und damit die Lebensbedürfnisse der Zinsempfänger erhöhen. Das sind allgemein bekannte Thatsachen, die aber immer wieder vergessen werden, besonders wenn es sich darum handelt, Propaganda für gewisse Ideen zu machen. Eine gesunde Industrie, und eine solche zu schaffen und zu erhalten ist ebensoviel Sache der inneren wie der äußeren Politik, wird die ostasiatische Konkurrenz nicht zu fürchten haben.

Eine Gefahr droht uns freilich von Ostasien und dieselbe entspringt daraus, daß in unserem Vaterlande weite Kreise immer häufiger Mittel und Zweck verwechseln und glauben, daß wo viel Lärm gemacht werde, auch der Erfolg nicht ausbleiben könne. Ein gewisser, besonders kolonialer Chauvinismus läßt übersehen, daß die richtige Weltpolitik nur eine Handelspolitik sein kann, daß Kolonien heute ein vielleicht nicht zu vermeidendes Uebel sein mögen, daß wir aber bei der Erwerbung und Verwaltung derselben sorgfältig die Bilanz zwischen Soll und Haben ziehen und Alles vermeiden müssen, was den Konsumenten in der Heimath — und derselbe bildet doch die große Mehrzahl der Bevölkerung — mehr Belastungen als seine Schultern zu tragen im Stande sein würden — dazu gehört vor allen Dingen, daß wo nicht die zwingendste Nothwendigkeit dazu vorhanden ist, wir von der Erwerbung von Kolonien absehen und uns mit der Erwerbung neuer Absatzgebiete begnügen. Die Ignoranz — um nicht zu sagen Nichtachtung — des heimathlichen Konsumenten ist überhaupt der Schaden, an dem unsere ganze industrielle Entwicklung und Weltpolitik krankt. Wer die Entwicklung und Weltverhältnisse, besonders der Kommunalverhältnisse während der letzten zehn Jahre verfolgt hat, wird sich nicht über die Zahlungsmüdigkeit wundern, die sich derselben in immer höherem Maße zu bemächtigen scheint. Jede höhere Belastung des Konsumenten würde denselben daher in die Arme der extremer Parteien treiben.“

Diese Gefahr, welche Herr v. Brandt hier schildert, ist der moderne Imperialismus, der sich auch in Deutschland beginnt breit zu machen, diese Sucht nach Glanz und Größe, welche nach dem Purpurmantel geizt, und sollte sie auch das letzte Hemd dafür geben müssen: seine ernstesten Worte wollen wohl ernst beachtet sein. E. Z.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 24. Januar.

Präsident Graf Ballestrem theilt mit, der Kaiser habe für die gestrige Rundgebung des Reichstags demselben seinen Dank ausgesprochen. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation Gleboda, betreffend die Nichtbeförderung postalischer Sendungen mit polnischen Adressen. — Staatssekretär Bobbielski erklart auf Befragen, der Reichstanzler habe ihn ermächtigt, die Interpellation sofort zu beantworten. — Abg. Gleboda (Pole) verbreitet sich über verschiedene Fälle von Zurückweisung verschiedener Postsendungen oder von Nichtbestellung derselben lediglich wegen der ganz oder zum Theil polnischen Aufschriften. Die Belege hierfür legt er auf den Tisch des Hauses nieder. Selbst Sendungen an eingetragene Firmen in Polen mit genauer Angabe der Straße und Nummer seien wegen einer dabei vorkommenden Bezeichnung in polnischer Sprache nicht angenommen worden. Dabei sei dem Weltpostvertrag zufolge der Gebrauch einer fremden Sprache in der Adresse kein Hinderniß für die Beförderung einer Postsache. Einfache Briefe mit voller polnischer Adresse würden neuerdings prompt befördert, eingeschriebene Briefe dagegen und Werthsendungen nicht. Deshalb also dieser Unterschied? — Staatssekretär Bobbielski ist der Uebersetzung, daß das ganze Haus und die ganze deutsche Bevölkerung nach seinen Ausführungen zu einem ganz anderen Resultat kommen werde, als der Vortredner. (Große Heiterkeit bei den Polen und beim Centrum.) Er, Redner, werde beweisen, daß die Provokation von den Polen ausgehe. Der Staatssekretär sucht dann darzulegen, daß eine genaue, deutliche und bestimmte Adresse unerlässlich sei. Das stehe auch in der Postordnung. Das Publikum solle auf genaue Adressen hinwirken. Neuerdings sei infolge einer Aufforderung in polnischen Blättern eine wahre Hochfluth von Adressen mit polnischer Sprache ein-

getreten. Er, der Staatssekretär, habe keinerlei Verfügung aus diesem Anlaß ergehen lassen, um nicht noch Del in das Feuer zu gießen. Mit einer Reihe drastischer Beispiele legt Redner dar, wie stark der Fanatismus sei. Die Postverwaltung habe nichts gelhan, sie besinne sich lediglich im Stadium der Abwehr. Sagen Sie Ihrem Publikum, fährt Redner fort, daß es mit der Agitation aufhöre, machen Sie der Postverwaltung keine Schwierigkeiten, denn dieselbe ist ja für Alle da. Veröffentlichungen Sie meine Rede in den Blättern. (Große Heiterkeit.) Auf Antrag des Abg. Schädler (Centr.) erfolgt Besprechung der Interpellation. — Abg. Rören (Centr.) meint, hier sei nicht der Ort, die ganze Polen-Politik zu beleuchten. Was die Ausführungen des Staatssekretärs anlangt, so müsse er sagen, daß dieselben ihm zum größten Theile unverständlich geosfen seien. (Heiterkeit.) Hier handle es sich ja gar nicht um Postfachen mit ungenauen Adressen, sondern um Nichtbestellung von Postsendungen mit hinreichend genau bestimmter Adresse. Die Post dürfe sich keinesfalls zu politischen Zwecken brauchen lassen, sondern solle nur ihres Amtes als Verkehrs-Institut walten. — Staatssekretär Bobbielski erwidert, während seiner vierjährigen amtlichen Thätigkeit sei die Politik niemals Maßstab für seine Verwaltung geosfen. (Rufe: Na, na.) Bei einfachen Briefen habe der Vortredner Recht, aber bei Briefen, für welche die Post die Verantwortung übernehmen müsse, sei eine genaue Adresse nöthig. Bis zum November hätten die Polen genaue Adressen angegeben. Deshalb solle die Verwaltung also auf einmal ein altes Verhältniß verlassen, nur weil Agitatoren ihre Hand dabei im Spiele hätten. (Heiterkeit.) — Abg. Kunert (Sor.) äußert sich im Sinne der Interpellation. — Abg. Fürst Rabzivil (Pole) bestreitet, daß die Polen politische Agitation treiben. — Abg. Müller-Sagan (freis. Volksp.) meint, daß es sich bei den vom Abg. Gleboda angeführten Fällen nur um Chicanen handle. Alles weitere behalte er sich zum Postetat vor. — Staatssekretär Bobbielski erwidert nochmals, daß es sich darum handle, Verkehrserschwerungen zu verhindern. Wenn im Uebereifer Fehler vorkämen, so würde er dem steuern. — Abg. v. Dzierzowski-Pomian (Pole) sucht bei verschiedenen Fällen nachzuweisen, daß politische Tendenz vorliege. — Abg. v. Staudy (kons.) behauptet, daß es sich lediglich nur um eine Verwaltungsmangel handle, die gar keinen politischen Anlaß habe. — Abg. Sattler (nat.-lib.) hält dem Fürsten Rabzivil vor, daß die Polen sich in keiner Weise über ungerechte Behandlung beschwerten könnten. Was die Sache selbst anlangt, so könne er den Standpunkt des Staatssekretärs in Bezug auf Einschreibebriefe und Werthsendungen nicht als unrichtig anerkennen. Er glaube, daß es sich darum handle, die Postverwaltung zu zwingen, Beamte anzustellen, die nicht nur der polnischen Sprache mächtig, sondern auch bereit seien, sich der polnischen Agitation anzuschließen. — Abg. Vonderschnee (Esp.) ist überzeugt, daß hier lediglich politische Motive vorliegen. — Abg. Kozyminski (Pole) bezieht die Angabe des Staatssekretärs über eine offenbar vorbedachte plötzliche Hochfluth polnischer Adressen als Lüge. — Staatssekretär Bobbielski hält die diesbezügliche Behauptung aufrecht. — Abg. Schrempf (kons.) meint zu den Polen: In einem polnischen Reichstag würde eine solche Minorität nicht so behandelt, wie Sie hier (Anruhe bei den Polen und im Centrum), Sie sollten froh sein, daß Sie eine solche Post haben. — Abg. Haumann (südd. Volksp.) bemerkt auf die Uebersetzung des Vortredners, daß dieselbe geeignet sei, unsere Landleute polnischer Zunge zu verletzen. (Ruf: Sehr richtig!) Vermuthlich habe der Abg. Schrempf die Gelegenheit und Muße, welche er dadurch halte, daß er bei den Landtagswahlen durchgefallen, dazu benützt, sich mit der Polenfrage zu beschäftigen. (Lärm rechts.) Die Mehrheit des Hauses rebe jedenfalls nicht auf seiner Seite. (Erreuter großer Lärm.) — Abg. Schrempf (kons.) erwidert, er wisse ja, daß sich die süddeutschen Demokraten in der Vaterlandslosigkeit von Niemandem übertrumpfen ließen. (Großer Lärm links.) Er habe die süddeutsche Volkspartei in Süddeutschland gemeint. (Gelächter links.) Damit ist die Besprechung beendet. — Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen beginnt um 5¼ Uhr die erste Lesung der China-Relisten-Vorlage. Der Reichstanzler ist im Saal erschienen. — Abg. Graf Stolberg (kons.) tritt für die Vorlage ein und will zugleich den Invaliden und Relisten aus früheren Kriegen die gleichen Vortheile gewähren. — Reichstanzler Graf Bülow erkennt diese Forderungen als berechtigt an (Bravorufe) und auch als dringlich. Das Erforderliche werde er noch in dieser Session veranlassen. (Beifall.) — Morgen 1 Uhr Fortsetzung der Debatte und Fortsetzung der Staats-Berathung. — Schluß 5¼ Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 24. Januar.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute zunächst der Entwurf der Novelle zu dem Markstein-Gesetz debattirt in erster und zweiter Lesung erledigt. Alsdann wurde die Besprechung der Interpellation Hund-Sänger betreffs des Offenbacher Eisenbahn-Unglücks fortgesetzt. — Abg. Macco (nat.-lib.) kann nicht anerkennen, daß die preussische Eisenbahnverwaltung in technischer Beziehung auf der Höhe der Zeit steht. In der Ein- führung der Central-Weichenstellung seien uns Belgien und Frankreich weit voraus, und in der Einführung der Luftdruckbremse marschirt Preußen noch heute an letzter Stelle. Die Verbesserung der Appellung kommt nicht von der Stelle, obwohl

auch hierin andere Länder führend vorangegangen. Unsere Lokomotiven stehen an Leistungsfähigkeit hinter denen anderer Länder zurück, und die Versuche mit dem elektrischen Betrieb überlasse die Eisenbahnverwaltung einer Privatgesellschaft. Das Offenbacher Unglück sei auf das Versagen der Blocksignale infolge des Nebels zurückzuführen. Ueber die Untauglichkeit dieses Systems seien sich alle Beamten klar. Es müsse eine besondere parlamentarische Kommission eingesetzt werden, um die Verhältnisse innerhalb der preussischen Eisenbahnverwaltung einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. — Eisenbahnminister v. Tzielen ergriff nochmals das Wort, um mit aller Entschiedenheit gegen die unerhörten Vorwürfe des Abg. Säger vom ersten Tage Verwahrung einzulegen und nochmals zu betonen, daß er keine Kosten scheue, wo es sich um die Betriebssicherheit handele. Die Angriffe des Abg. Säger am ersten Tage der Besprechung seien demnach, wie sie wohl in einem Theil der Presse, vielleicht im „Vorwärts“, erfolgen; wie sie aber im Munde eines Mitgliedes des Abgeordnetenhauses, so viel ihm erinnerlich, ziemlich unerhört seien. Der Abg. Säger führte die Opfer des Unglücks als Plasmacher und Profitgänger der Eisenbahnverwaltung zurück. Wenn ich je Schwierigkeiten bei dem Finanzministerium gefunden hätte, dann würde ich auch den Weg gewußt haben, wie solche Differenzen zwischen Ressortministern zu beheben sind. Ich fordere den Abg. Säger ausdrücklich auf, seine Gründe für die Angriffe bekannt zu geben. Ich weise sie in meinem Namen und im Namen der Staatsregierung zurück. Die Ueberschüsse in der Eisenbahnverwaltung sind auf die kolossale Steigerung des Verkehrs zurückzuführen und auf die günstigen Verträge für die Betriebsmaterialien. Die Angriffe Sägers stehen auf derselben Höhe, wie die Angriffe in der Presse, die sich nicht scheut, auch die höchst sinnigen Angriffe, die irgendwo erscheinen, mit Behagen abzubringen. Etwas Höflicheres giebt es doch nicht, als daß man behauptet, daß wir aus Feindschaft gegen Sachsen und Baden schadhafte, nicht geölte Wagen über die Grenze laufen lassen, damit sie dort reparirt werden. — Abg. Friese (Centr.) sprach sich über die D-Wagen und die elektrische Beleuchtung aus und verlangte zum Schluß unter starkem Beifall aus allen Theilen des Hauses, daß der Minister die Berliner Straßenbahn zur Anbringung von Schutzvorrichtungen anhalten möge. — Abg. Felisch (kons.) sprach sich gegen die elektrische Beleuchtung aus. Das sei gefährlich, denn es sei sehr brennbar. (Heiterkeit.) — Abg. Daub (nat.-lib.) verteidigte die Staatsbahnen. Die Gasbeleuchtung sei durchaus nicht gefährlich. Die D-Wagen hätten bei dem Offenbacher Unglück den Beweis ihrer Stabilität erbracht. — Nach einem Schlußwort des Abg. Funck (freis. Volksp.) war die Besprechung der Interpellation beendet. — Es folgte die Beratung des konservativen Antrags (Norn und Genossen) über den Verbleib der Kohlen-Produktion. — Abg. Norn (kons.) führte aus, daß die Besprechung der Frage im Reichstage nichts genutzt habe. Das Syndikal habe trotz dem die Kohlenförderung eingeschränkt. „Schöne Reden werden gehalten. — Aber sonst bleibt Alles beim Alten!“ Es sei Zeit, die großen Kohlenhändler, die aus rückwärtsloser Profitgier mit Hilfe der Exporttarife das Inland von Kohlen entblöhten, an der Einheimigung weiterer Gewinne zu hindern. — Handelsminister Bessel: Die oberschlesische Kohlenproduktion beläuft sich auf 21 bis 24 Millionen Tonnen, davon sind 5,1 Mill. staatl. Die Händler erhielten 1896 33 pCt., 1900 23 pCt.; im nächsten Jahre werden sie nur noch 15 pCt. erhalten. Ich habe das Bestreben, den Händlern die Kohle soweit wie möglich zu entziehen. Im Westen machen wir die Erfahrung, daß die Genossenschaften Anstand nehmen, die ihnen zugetheilten Kohlen zu übernehmen. Diese Möglichkeit ist auch im Osten nicht ausgeschlossen. Tritt sie ein, so wäre das für den Fiskus eine verhängnisvolle Lage. Die Händler sind nur ein Nothbehelf; man hat sie nötig, um die Ueberschüsse, die man nicht direkt absehen kann, los zu werden. Er sei gern bereit, in der Kommission nach jeder Richtung hin Aufklärung zu geben. Was in meinen Kräften steht, werde ich thun, um für eine gute Regelung des Abfahrs zu sorgen und die bestehenden Mißstände zu beseitigen. — Abg. Ziemer (nat.-lib.) bemerkte, daß der Zwischenhandel durchaus nicht ausgeschaltet werden könnte. Der Staat könne manches thun, um die Preissteigerung nicht solche Fortschritte machen zu lassen. — Unterstaatssekretär Fleck erklärte, die Eisenbahnverwaltung halte nach wie vor die Aufhebung der Kohlentarife für unthunlich für den Inlandsverbrauch und nachtheilig für die Kohlenindustrie und die Eisenbahneinnahmen. — Abg. v. Gynatten (Centr.): Die Bildung des Syndikats war an sich berechtigt, aber man ging bei der Bildung desselben mit großer Gewalt vor. Redner beantragt Ueberweisung des Antrags an eine 14-gliedrige Kommission. — Abg. Gotthein (freis. Ver.): Der Handel sei unbedingt notwendig, er wirke produktiv, indem er neue Absatzgebiete erschließe. Die Kohlennoth sei vor Allem durch die Schüttereien in der Presse hervor-

gerufen und durch die Kohlennoth erhöht worden. Die gegen den Großhandel erhobenen Vorwürfe entbehren jeden Beweises. Er schloß sich dem Antrage auf Kommissionsberatung an, glaube aber nicht, daß dabei etwas Vernünftiges herauskommen werde. — Abg. Kessel (kons.): Die Beunruhigung, die im Lande durch die Kohlennoth hervorgerufen worden sei, wurde durch die Großhändler noch gesteigert. Er beantragt im Einverständnis mit v. Gynatten Ueberweisung an eine 24-gliedrige Kommission. — Abg. v. Gynatten (nat.-lib.) weist die Behauptung zurück, daß das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat eine Monopolstellung einnehme. Die Preise der englischen Kohlen seien in derselben Zeit viel erheblicher gestiegen, als die der deutschen. Weiterberatung morgen 12 Uhr. Außer dem Etat der Geschäftsverwaltung steht auf der Tagesordnung ein Antrag, betreffend Aenderung der Wahlbezirke und Anschlag Langerhans, betreffend Feuerbestattung. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Abg. Dr. Langerhans (freis. Volksp.) und Dr. Barth (freis. Ver.) haben im Abgeordnetenhause folgenden Antrag eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die zur Einführung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen erforderlichen gesetzgeberischen Maßregeln zu treffen.“

Deutsches Reich.

* Die Diätenlosigkeit im Reichstag wirkt jetzt schon auf die Kommissionen zurück. Es fällt den Fraktionen außerordentlich schwer, auch nur die Kommissionen noch zu besetzen. Man muß daher dazu übergehen, dieselben Mitglieder mehreren Kommissionen, und zwar auch solchen, die gleichzeitig tagen, zuzuteilen. Die Justizkommission, welcher die Anträge Benzmann, Kintelen, v. Salisch, betreffend die Abänderung der Gerichtsverfahren und der Prozeßordnung, überwiegen sind, mußte am Dienstag nach einstündigem Warten resultatlos auseinandergehen, weil es nicht möglich war, die beschlußfähige Zahl von Mitgliedern zusammenzubringen, da die meisten Mitglieder dieser Kommission durch gleichzeitig tagende andere Kommissionen in Anspruch genommen waren.

* Gesehentwurf, betreffend die Versorgung der Kriegshinterbliebenen. Der dem Reichstag zugegangene Entwurf eines Gesetzes zur Versorgung der Teilnehmer an der Ostasiatischen Expedition und ihrer Hinterbliebenen bestimmt u. A.: Für die Unterbeamten gilt als pensionsfähiges Dienstentkommen im Sinne des § 7 des Schutztruppengesetzes bei einem pensionsfähigen Friedensdienstentkommen von jährlich mehr als 1200 Mk. das der Feldwebel, bei einem pensionsfähigen Friedensdienstentkommen von jährlich 1200 Mk. und weniger das der Unteroffiziere. Zu den Beihilfen, welche nach den §§ 5 und 16 des Schutztruppengesetzes den Hinterbliebenen der in § 1 bezeichneten Personen zustehen, erhalten an jährlichen Zuschüssen: die Wittve eines Generals (Admirals) 500 Mk. die Wittve eines Stabsoffiziers 400 „ die Wittve eines Hauptmanns (Kapitänleutnants), Subalternoffiziers oder Detachments 300 „ die Wittve eines Feldwebels oder eines Unterarztes 428 „ die Wittve eines Sergeanten oder eines Unteroffiziers 348 „ die Wittve eines Gemeinen 270 „ jedes vaterlose Kind eines Offiziers oder Detachments 50 „ jedes elternlose Kind eines Offiziers oder Detachments 75 „ jedes vaterlose Kind eines Soldaten vom Feldwebel abwärts 42 „ jedes elternlose Kind eines solchen Soldaten 60 „ der Vater oder Großvater und die Mutter oder Großmutter eines Offiziers oder Detachments je 300 „ der Vater oder Großvater und die Mutter oder Großmutter eines Soldaten vom Feldwebel abwärts je 124 „ Diese Bestimmungen finden auch auf die Hinterbliebenen von Beamten gleichmäßige Anwendung; im Uebrigen gelten die Bestimmungen des Schutztruppen-Gesetzes (Abschn. 2 und § 25).

Zum Thronwechsel in England.

hd. Berlin, 24. Januar. Ueber die Proklamirung König Edward VII. wird aus London berichtet: Trotz des trübten Wetters sammelte sich Morgens eine ungeheure Menschenmenge vor dem St. James-Palast an, um die formelle Proklamirung mit anzuhören. Um 9 Uhr erschien der Herzog von Norfolk mit Herold und Trompeter auf dem Balkon. Nach einem Trompetenschuß wurde die Proklamirung von einem Herold vorlesen, der zum Schluß laut ausrief: Gott erhalte den König, in welchen Ruf die Menge herzlich einstimmte. Nach einem weiteren Trompetenschuß zogen sich die Herolde zurück, um an verschiedenen anderen Stellen die gleiche Ceremonie zu

vollziehen. Der Herzog, der ein prächtiges rothgoldenes Gewand trug, sowie die ebenfalls in prachtvollen Kostümen gekleideten Herolde wurden von Leibgarde eskortirt.

wd. Osborne, 24. Januar. (Reiter-Nachricht.) Der deutsche Kaiser verläßt England erst nach dem Trauerfeierlichkeiten für die Königin. Der deutsche Kronprinz trifft hier am 28. d. M. ein.

hd. Berlin, 25. Januar. Nach einer Meldung aus London ist der Tag der Beisetzung der verstorbenen Königin von England nunmehr bestimmt. Am 2. Februar sollen ihre sterblichen Ueberreste neben dem Sarg des Prinzgemahls in dem Mausoleum zu Frogmore zur letzten Ruhe gebettet werden. — Ueber das Leichenbegängniß der Königin Victoria berichtet der „Local-Anzeiger“ aus London Folgendes: Auf ausdrückliche Anordnung der Königin wird der Sarg auf einer geschützten Lafette gefahren werden. Auch die Flotte wird beim Begräbniß eine wichtige Rolle spielen. Das Kanal-Geschwader und alle zur Verfügung stehenden Kriegsschiffe erhielten Befehl, sich am 1. Februar bei Spithead zu versammeln. — Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Kiel: Der Kaiser ordnete an, daß die Offiziere und Beamten der Marine anlässlich des Todes der Königin von England auf 14 Tage Trauer anlegen. Die Kriegsschiffe verfahren am Beisetzungstage nach dem Trauer-Ceremoniell der englischen Marine. Die „Hohenzollern“ und die „Nymphen“ wurden auf der Fahrt durch den Kaiser Wilhelm-Kanal durch biden Rebel aufgehalten und konnten daher aus Brunsbüttel ihre Fahrt nach England erst gestern Nachmittag fortsetzen. — Nach einem Telegramm aus Wilhelmshaven erhielten die Panzer „Sachsen“ und „Württemberg“ und ein Kreuzer Befehl, am Montag nach England in See zu gehen. Sämtliche deutschen Kriegsschiffe im Ausland wurden telegraphisch angewiesen, aus Anlaß der Beisetzung der Königin von England Salut zu geben und Halbmast zu schlagen.

hd. Berlin, 25. Januar. Wie dem „Local-Anzeiger“ aus London depeeschirt wird, fuhr König Edward um 11 1/2 Uhr nach dem Victoria-Bahnhof, von wo er mit Extrazug nach Osborne abreiste. Auf der Fahrt nach dem Bahnhof wurde er von der Volksmenge enthusiastisch begrüßt. In Portsmouth begab er sich sofort an Bord der „Alberta“. In Osborne empfing Kaiser Wilhelm und General v. Pleffen den König am Portal. Der Kaiser begrüßte seinen Oheim mit warmer Herzlichkeit. In Coles erwartete eine große Menschenmenge trotz des Regens den König.

hd. Berlin, 24. Januar. Ueber die Ausfahung der Leiche der Königin Victoria berichten die Abendblätter: Die Leiche der Königin ruht auf einem Bett, das in der Mitte des Zimmers steht, zur Hälfte mit einer weißen seidenden Decke zugebedt. Ein weißer Schleier, gleichfalls von feinsten, dünner Seide, der aber das Gesicht durchscheinen läßt, liegt über dem ganzen Körper. Das Zimmer ist mit Pflanzen und Palmen geschmückt, während auf dem Bett weiße Blumen ausgestreut liegen. Zu Häupten des Bettes ist ein silbernes Kreuzifix angebracht, und dicht daneben steht ein Bild des Prinzen Albert. Bilder aus der Bibel schmücken die Wände. Eins davon stellt den barmherzigen Samariter dar. Heute wird der Beerdigung der Justirt genötigt werden. — Dem „Local-Anzeiger“ wird aus Coles gemeldet: Hier ist Alles ruhig, obwohl die Stadt mit Fremden aus London voll ist, die herbeigeeilt sind, um die Königin zu sehen. Kaiser Wilhelm sieht man sehr wenig. Nur manchmal macht er kurze Spaziergänge mit dem Prinzen. Er begiebt sich von hier nach Windsor. Die Schiffe in Portsmouth erhielten Befehl, den König Edward bei seiner heutigen Ueberfahrt nach Osborne mit 21 Salutschüssen zu begrüßen. — Nach einer Meldung aus London war, als Kaiser Wilhelm ankam und an das Krankenlager der Königin trat, das Bewußtsein derselben etwas umflirret, und es schien ihr, als sei ihr lieber Schwiegersohn Kaiser Friedrich zu ihr gekommen. Der Kaiser sagte jedoch sanft und liebevoll: Nein, mein, ich bin es, Dein Entel Wilhelm. Diese Worte schienen die Königin zum Bewußtsein zurückzubringen.

London, 23. Januar. Das radikalste Londoner Blatt nennt die Königin den bestgeübten der englischen Monarchen und spricht vom billeren Gefühle eines individuellen Verlustes, das alle englischen Herzen fülle. Die Königin ist tot“, fährt es fort, „und die ganze Atmosphäre um uns scheint verändert. Es ist nicht länger dasselbe England, keine Revolution könnte das Land tiefer erschüttert haben. Unsere Loyalität, unser Patriotismus hatten ein so starkes persönliches Element, daß wir heute noch kaum begreifen, wie viel von allen Problemen und Pflichten unberührt bleibt. Unser nationales Leben hat seinen treibenden Mittelpunkt verloren.“ Diese Ausführungen des radikalen Blattes geben den Grundton der hiesigen Stimmung. (M. N. N.)

hd. London, 25. Januar. Das hinterlassene Vermögen der Königin Victoria wird auf 60 bis 70 Millionen Pfund Sterling geschätzt. Davon sind 24 Millionen

meine Herten“, rief der Dichter aus, „das ist unmöglich, Seraphine ist ja geimpft worden.“

* Verschiedene Mittheilungen. Ueber den Zustand Verdis wird dem „Berliner Tageblatt“ von gestern gemeldet: Alle Hoffnung, Verdi zu retten, ist aufgegeben. Die Erregung in Mailand ist ungeheuer. Dichte Menschenmassen umlagern schweigend das Hotel Verdis.

Aus Wien wird gemeldet: Im Deutschen Volkstheater hatte bei seiner Erstaufführung Max Halbes „Jugend“, die nach langem Kampfe von der Censurbehörde freigegeben war, stürmischen Erfolg. Bei der Scene im 3. Akt zwischen dem Pfarrer und Kaplan fand eine antileitale Demonstration statt.

„Ohne Geläut“, Schauspiel von Fedor v. Zobel, das bereits vor 9 Jahren entstanden ist, fand bei seiner ersten Aufführung in Wien freundliche Aufnahme.

Wie aus Rom berichtet wird, hat Gabriele d'Annunzio ein Garibaldi-Lied geschrieben, das aus mehr als tausend Versen besteht und die ganze Laufbahn des Volkshelden schildert.

t. Ein „Artifischer Säugethier-Klub“ soll in Amerika gegründet werden. Es ist dies natürlich nicht ein Verein Artifischer Säugethiere, es ist nach dem eigenthümlich gewählten Namen eigentlich sein müßte, sondern eine Vereinigung von Zoologen und Verehrern der Zoologie, die eine Erforschung der Säugethiere in Alaska einleiten und unterstützen wollen. Zunächst ist die Summe von 8000 Mk. für diesen Zweck durch eine Hinterlassenschaft bereit gestellt, und es wird zweifellos bald gelingen, das Vermögen des Vereins auf die als nöthiger erachtete Höhe von 20,000 Mk. zu bringen, da in den Vereinigten Staaten für wissenschaftliche Zwecke stets Geld zu haben ist.

Fenilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Residenz-Theater. (Spielplan.) Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 1/4 Uhr: „Der Beilichenkresser“. Abends 7 Uhr, zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Sr. Majestät des Kaisers und Königs: „Des Kaisers Bild“. „Die Anna-Lise“. Montag, den 28.: „Madame Sans-Gêne“. Gastspiel von Maria Reisenhofer. Dienstag, den 29.: „Das zweite Gesicht“. (Graf Mengers: Dr. Rauch.) Gastspiel von Maria Reisenhofer. Mittwoch, den 30.: „Madame Sans-Gêne“. Gastspiel von Maria Reisenhofer. Donnerstag, den 31.: „Rosenmontag“. Freitag, den 1. Februar: „Ueber unsere Kraft“. (Sang: Herr Dr. Rauch.)

M. Wer war das Neunchen von Tharau? In der Kirchenchronik von Tharau berichtet der 1738 verstorbene Pfarrer Anton Pfeiffer zu Tharau Folgendes: Anna Reander, Tochter des 1630 verstorbenen Andreas Reander zu Tharau (in Ostpreußen) und dessen Ehefrau, geb. Sperber, kam nach ihres Vaters Tode zu ihrem Vormunde, dem Kaufmann und Wälzenbrauer Stolzberg in Königsberg. Als sie 18 Jahre alt war, verheiratete sie sich mit dem Pfarrer Johann Parlatius in Aempen bei Insterburg, später in Lausischn bei Labiau (Ostpreußen). Nach ihres Mannes Tode (1646) heirathete sie den Pfarrer Struben in Lausischn und als dieser starb (1652) in dritter Ehe den Pfarrer Beilstein in Lausischn. Auch diesen, der 1676 starb, überlebte sie lange. Ihr Sohn erster Ehe, Pfarrer Friedrich Parlatius in Insterburg, starb noch vor ihr 1688. Im Jahre 1689 starb „die alte Beilstein'sche“, wie sie genannt wurde, in Lausischn bei ihrer Schwiegertochter Estfa-

beth, geb. Schüh, 74 Jahre alt. — Nach einer Mittheilung in der Kirchenchronik von Tharau soll Simon Dach das Gedicht „Knechten von Tharau“ als Student gemacht haben zu ihrer Hochzeit von Johann Parlatius. Dann müßte sie aber etwa in einem Alter mit Dach gewesen sein und würde 1689 etwa 84 Jahre alt gewesen sein. Damit würde dann auch nicht stimmen, daß sie, wie in der Kirchenchronik erwähnt ist, beim Tode ihres Vaters (1630) 11 Jahre alt gewesen sein soll. Dann wäre sie übrigens bei ihrem Tode nicht 74, sondern nur 70 Jahre alt gewesen, und dann hätte sie sich 1637, 18 Jahre alt, verheiratet. 1637 war aber Simon Dach Rektor an der Domschule in Königsberg. Legt man als richtig zu Grunde, daß sie 1689 74 Jahre alt war, und sie 18 Jahre alt war, als sie sich verheiratete, würde die Hochzeit in das Jahr 1633 fallen. Aber auch damals kann Simon Dach nicht mehr Student gewesen sein. Er wurde 1633 Collaborator an der Domschule in Königsberg.

* Eine Censurgegeschichte. In einem Artikel der „M. N. N.“, der die Theater-Censur unter dem zweiten Kaiserreich behandelt, findet sich folgende hübsche Geschichte: Augier hatte in „Gemeinschaft mit Edouard Froussier ein Lustspiel in 5 Akten, „Die armen Edwinnen“, verfaßt. Augenblick ging es in dem Stück nicht gerade her, im Gegensatz, der Volkswohlthust der Halbwelt durchzochte es, von Anfang bis zu Ende. Die Censoren waren entsetzt über so viel Laster, umso mehr, da es nicht mit der gebührenden Strafe geüht wurde. Sie erhoben Augier gegenüber ernste Vorstellungen; wenigstens die ganzlich verdorbene Hauptrolle seines Stückes müßte er doch gegen den Schicksal für ihr lasterhaftes Leben gründlich büßen lassen. Sie machten ihm deshalb in allem Ernste den Vorschlag, ihr zwischen dem vierten und fünften Akt die Boden aus den Hals zu schiden, damit ihr Gesicht entstell werde. „Sehen Sie doch,

persönliches Eigentum und 20 Millionen vom Prinzen Albert hinterlassen, die beim Tode desselben nur 6 Millionen betragen...

Anstalt.

Österreich-Ungarn. Aus Wien wird über eine politische bedeutsame gerichtliche Entscheidung gemeldet. Die „Österreichische Rundschau“ wurde bekanntlich wegen Veröffenlichung der Erklärung, welche den Mitgliedern des im Abgeordnetenhause zu bildenden Verbandes der Alldeutschen zur Unterschrift vorgelegt werden soll, mit Beschlag belegt...

Frankreich. Die seit Neujahr begonnenen Auslosungen der Militärpflichtigen lassen eine wesentliche Abnahme des Jahresanzahlens voraussehen, die in einzelnen Bezirken bis 10 und 15 beträgt und sich für das Seinedepartement auf 3000 Mann stellen dürfte...

Der Zustand in China.

London, 25. Januar. Die „Morning Post“ meldet aus Peking vom 17. d. M.: Tschungli, welcher zum Großsekretär des Innereamtes ernannt worden ist, war im Juni 1900 Militärregiment von Peking. Er gestattete die Zerstörung von Besitzthum Fremder, die Niederwerfung fremder und eingeborener Christen...

Der Freiheitskrieg der Buren.

London, 25. Januar. Gerüchthweise verlautet, das Kriegsamt habe die Nachricht von einem siegreichen Gefecht der Buren auf der Linie Pretoria-Lourenco-Marques erhalten, weigere sich jedoch, die offizielle Trauer durch Bekanntgabe der Einzelheiten über dieses Gefecht und die englischen Verluste zu vergrößern. Im Kriegsamt lehnt man jede Auskunft ab...

Aus Stadt und Land.

Wiesbaden, 25. Januar

Personal-Nachrichten. Herr Geheimrat Regierungsrath Krossa ist zum Civil-Vorsitzenden der Ober-Erlass-Kommissionen im Regierungsbezirk Wiesbaden ernannt. Als solcher führt derselbe auch den Vorsitz in der Prüfungskommission für Einjährig-Freiwillige für den Regierungsbezirk Wiesbaden. Zum zweiten Mitglied der Prüfungskommission ist Herr Regierungsrath Caspar ernannt worden...

Geburtstages Sr. Majestät des deutschen Kaisers, ein Festkonzert mit patriotischem Programm im Ruckhause stattfinden wird.

Kaisers Geburtstag wird diesmal von der Armee in aller Stille begangen werden, denn der Kaiser hat einen, Schloß Osborn, den 23. Januar, datirten Armeebefehl erlassen, wonach aus Anlaß des Ablebens der Königin von England für die Offiziere eine 14-tägige und für die ganze übrige Armee eine 3-tägige Trauer angeordnet wird. Da während dieser Zeit kein Spiel gerührt werden darf, so müssen der Zapfenzeit am Vorabend von Kaisers Geburtstag und der Weckruf am Morgen dieses Tages selbst ausfallen, und auch der Kirchgang wird ohne Musik vor sich gehen...

Residenz-Theater. Das Sonntag-Repertoire ist jedenfalls ein sehr interessantes und der Bedeutung des Tages entsprechendes. Am Sonntag Nachmittag treibt der flotte rittersche „Reichsreiter“ sein schneidiges Spiel. Diese Vorstellung findet zu hohen Preisen statt. Am Abend ist Festvorstellung: „Des Kaisers Bild“ und „Anna-Olga“.

Für die Buren. In dem wir an dieser Stelle nochmals auf die heute Abend 8 1/2 Uhr im großen Walthalla-Saale stattfindende Versammlung hinweisen, bemerken wir zugleich, daß in derselben selbstverständlich auch Damen erwartet werden. Lieutenant Dewet, der Buren-Offizier, wird sich mittels eines Dolmetschers verständlich machen, da er die deutsche Sprache nicht genügend beherrscht.

Todesfall. Herr Rentner G. D. Schmidt, früher langjähriges Mitglied des Gemeinderaths und des Feldgerichts, ist gestern im Alter von 83 Jahren gestorben. Herr Schmidt betrieb in früheren Jahren eines der ältesten Badhäuser, genannt „Zur Sonne“, Ecke der Weber- und Spiegelgasse, an dessen Stelle sich jetzt ein Geschäftshaus befindet.

Die Stempelung der Miethsverzeichnisse resp. Miethverträge, welche bis Ende Januar d. J. befristet sein muß, erfolgt, wie im Anschlusse an die gestrige Notiz erwähnt sei, nicht nur durch das königliche Unter-Steueramt, sondern auch durch den Stempelvertheiler Herrn Kaufmann Wilhelm Sidel, Langgasse 20.

Im Wiederanfahrverfahren. Vor der hiesigen Strafkammer findet heute eine interessante Verhandlung im Wiederanfahrverfahren statt. In der Sitzung der Strafkammer vom 27. April 1895 war die Gefangenmannfängerin des hiesigen Landgerichtsgefängnisses, die 1845 geborene Frau Johanne Krause von hier, zu einer Gefängnißstrafe von 10 Monaten verurtheilt worden, da man sie in zwei vollendeten und einem versuchten Fall für überführt erachtete, als Beamtin mit in das Gefängniß aufgenommenen Personen weiblichen Geschlechts unzüchtige Handlungen vorgenommen zu haben. Eine mitangeklagte Aufseherin war damals freigesprochen worden. Die Verurtheilte, bezw. ihr Verteidiger, Herr Rechtsanwält B. J. J. J. J., strebte das Wiederanfahrverfahren an, und zwar mit dem Erfolg, daß jetzt, nach beinahe 6 Jahren, der Fall abermals dem Gericht zur Entscheidung unterliegt. Heute sind etwa 50 Zeugen geladen. Der Verhandlung, die natürlich hinter verschlossenen Thüren stattfindet, wohnen der Herr Erste Staatsanwalt, Geheimrath Meyer, und der Herr Oberstaatsanwalt Dr. Huberh. Frankfurt a. M. H. Den Vorsitz führt Herr Landgerichtsdirektor Horn; die öffentliche Anklage wird durch Herrn Staatsanwalt Dr. Preiser vertreten. Die Angeklagte Frau K. macht den Eindruck einer Schwermüde.

Lohnbewegung der Zimmerleute. Die Zimmerleute sind wieder in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie haben zur Leitung derselben eine Kommission eingesetzt, die den Meistern bereits einen Lohn tarif überreichte, der vom 1. April 1901 ab auf unbestimmte Zeit in Kraft treten soll. Die Arbeitszeit wird darin auf 10 Stunden festgesetzt und der Arbeitslohn soll für Junggesellen bis zum 19. Lebensjahre nicht unter 42 Pf., für ältere Gesellen nicht unter 48 Pf., für Parliere nicht unter 60 Pf. die Stunde betragen. Für Nacharbeit, von 9 Uhr Abends bis 5 Uhr Morgens, sowie Sonntagsarbeit der doppelte Lohn, und für Wasserarbeit, sowie Anstreichen mit Theer und Carbololium 10 Pf. Zuschlag pro Stunde und das Stellen von Kleidern gefordert. Für Arbeiten außerhalb des Stadtrings, sowie in der Umgegend von Wiesbaden sollen 5 Pf. pro Stunde und für solche in weiterer Entfernung, wenn Eisenbahn und Logis erforderlich sind, freie Fahrt, Kost und Logis und 10 Pf. pro Stunde besonders vergütet werden. Kündigung soll beiderseits nicht stattfinden. Schließlich ersucht die Kommission die „wohlwollenden Herren Meister“, ihr in einer gemeinschaftlichen Versammlung Gelegenheit zu geben, ihre Forderungen zu begründen und eine gütliche Einigung herbeizuführen. Eine Beschlusfassung der Meister hierüber steht noch aus.

Zulassung zum Gerichtsvollzieherdienst. Nach einer Veröffentlichung des Kriegsministeriums können weitere 200 Militäranwärter zum Vorbereitungsdienst für die Gerichtsvollzieherprüfung zugelassen werden, davon im Oberlandesgerichtsbezirk Frankfurt a. M. 20. Die Neuordnung der Gerichtsvollzieherordnung und die daraus resultierende Reduktion der Einkünfte der Gerichtsvollzieher hat unter denselben eine große Unzufriedenheit hervorgerufen und die Justizverwaltung

hat im Interesse der rechtzeitigen Deckung des Personalbedarfs den dringenden Wunsch, daß diejenigen Evidenzberechtigten Militärpersonen, welche Gerichtsvollzieher zu werden beabsichtigen, den Vorbereitungsdienst für dieses Amt bald anstreben.

Handelsregister. In das Handelsregister A. ist bei der in Viebrich domizilirten Firma „Brandtscheid u. Beyrauch“ eingetragen worden: Die Kaufleute Fritz und Willy Beyrauch, beide in Viebrich wohnhaft, sind von der Firmeninhaberin, der Witwe des Kaufmanns Johann Friedrich Beyrauch, Anna Crescentia, geb. Härtig, in das von dieser bisher allein betriebene Handelsgeschäft als persönlich haftende Gesellschafter aufgenommen worden. Die hierdurch entstandene offene Handelsgesellschaft hat am 1. Januar 1901 begonnen. Die Procura des Friedrich Ludwig Lehr in Viebrich bleibt fortbestehen. Die Procura des Fritz Beyrauch ist erloschen. In das Handelsregister A. wurde eingetragen, daß die Firma „Carl Zeiger“ zu Wiesbaden erloschen ist. In das hiesige Handelsregister, Abteilung A., ist die Firma „Wilhelm Nidolat“ mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen worden. Der Inhaber der Firma ist Friedrich Wilhelm Nidolat, Ziegelbrenner in Wiesbaden.

Unfall. Das schon so oft geäußerte Abpringen von der „Ecksteinischen“ während der Fahrt hat heute Mittag in der Kirchstraße wieder einen Unglücksfall nach sich gezogen. Ein Zimmermann, der dieser Unfälle halbtage, kam dabei zu Fall und zog sich außer inneren Erschütterungen auch nicht unerhebliche Hautabschürfungen zu, die ihn von zwei Schuppmännern verbunden wurden.

Kleine Notizen. Sonntag, den 27. Januar, feiern Herr Fuhrunternehmer Bernhard Kretmer und Frau, Elisabeth, geb. Martin, Ludwigstraße 8, das Fest der Silbernen Hochzeit.

Letzte Nachrichten.

Wb. Berlin, 25. Januar. Die „Voss. Ztg.“ meldet: Der frühere Berliner Oberbürgermeister, Zelle, ist Nachts in Rebersdorf gestorben. Die Morgenblätter melden: Abends 8 1/2 Uhr bei einem Wohnungsbrande in der Hochstädter Straße zwei kleine Kinder, ein Zwillingpaar.

Wb. Wülhausen, 25. Januar. Um 1 Uhr Nachts entgleiste der von Straßburg kommende Personenzug mit seinen 3 ersten Wagen in der Nähe der Militärherberge in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes. Personen wurden nicht verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich bedeutend.

Wb. Paris, 25. Januar. Das Blatt „Etoile“ veröffentlicht einen längeren Artikel über die Fortschritte der „Los von Rom“-Bewegung.

Wb. Rochefort, 25. Januar. Mehrere unbekannte Individuen versuchten in der vorletzten Nacht den hiesigen Pulverturm in Brand zu stecken. Der Militärposten feuerte rechtzeitig auf die Attentäter und vernichtete aufsehend mehrere von ihnen. Die Thäter sind jedoch entkommen.

Nizza, 24. Januar. 10 Offiziere und 60 Mann des 6. Alpenjägerbataillons unternahmen Mittwoch in der Höhe von 2000 Meter einen Reconnoissancemarsch. Hierbei wurden sie durch eine Schneelawine verschüttet. Mit vieler Mühe ist es gelungen, sie aus dem Schnee zu graben und in das Leben zurückzurufen.

Volkswirtschaftliches.

Ausstellung für Verwendung von Spiritus zu technischen Zwecken in Halle a. d. Saale 1901. Der vom 13. bis 18. Juni 1901 in Halle a. S. stattfindenden landwirthschaftlichen Wanderausstellung wird eine Kollektiv-Ausstellung von Apparaten für die technische Verwendung von Spiritus angegliedert werden, um so immer weiteren Kreisen einen umfassenden Einblick in die vielfältige Verwendbarkeit des denaturirten Spiritus im Haushalt, in Gewerbe und Industrie zu gewähren. Sr. Majestät der Kaiser hat der „Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft“ die Stiflung eines Kaiserpreises für die beste Leistung auf dem Gebiete der technischen Verwendung von Spiritus zugesagt. Es darf mit Bestimmtheit erwartet werden, daß die Ausstellung in Halle sich ihrer Vorgängerin an Umfang und Vielseitigkeit, wie auch qualitativ mindestens ebenbürtig, wenn nicht noch überlegen erweisen wird. Die Ausstellungsböden im Großen und Ganzen werden natürlich, bei allen technischen Verbesserungen im Einzelnen, wieder den gleichen Anwendungsgebieten entfallen. Es werden Spiritus-Flüßlampen verschiedener Systeme, Koch- und Heizöfen, Stralöfen und Kochvorrichtungen für Spiritusgas u. A. m. im Betrieb vorgeführt werden; besonderes Gewicht wird aber auch auf die Ausstellung von Spiritusmotoren gelegt werden, die sich sowohl als stationäre Motoren, wie auch als Lokomotiven in der kurzen Zeit ihrer Einführung bereits allseitig bewährt haben. Näheres durch die Centrale für Spiritus-Verwertung, G. m. b. H., Berlin O., Neue Friedrichstraße 33 bis 40.

Groß-Gecan, 24. Januar. Da der letzte Ferkelmarkt wieder ein Prämienmarkt war, waren die aufgetriebenen 250 Thiere, wie nicht anders zu erwarten, von vorzüglicher Qualität, so daß die Prämienkommission einen schweren Stand hatte, von dem vielen Guten das Beste zu prämiiren. Auch legte dieser Markt wieder Zeugniß ab von dem hohen Stand der Schweinezucht in unserer Umgegend. Eine Folge war, daß der ganze aufgetriebene Vorrath auch leichten Abgang fand. Es stellten sich die Preise für Ferkel 8-15 M., Springer 18-24 M. und Einlegeferkel 27-40 M. per Stück. Was den am 28. d. M. stattfindenden Ferkelmarkt anlangt, so sind wir der Ueberzeugung, daß auch bei diesem ein stärkerer Zutrieb zu erwarten steht und dürfen die Käufer, bei der Vorzüglichkeit unserer Schweinecasse, wieder reichlich Gelegenheiten finden, ihren Bedarf decken zu können.

Geldmarkt. Coursbericht der Frankfurter Börse vom 25. Januar, Mittags 12 1/2 Uhr. Kredit-Aktien 208.50, Diskonto-Kommandit 178.80, Staatsbahn 142.50, Lombarden 25.60, Laurahütte 194.—, Bochumer 175.50, Harpener 170.—, 4 proc. Spanier 71.90. Tendenz: matt.

Wien, 25. Januar. Oesterreichische Kredit-Aktien 683.50, Staatsbahn-Akt. 688.50, Lombarden 109.50, Marknoten 117.60.

Die Abend-Ausgabe enthält 1 Beilage.

Der werthvolle Nachdruck unserer Original-Artikel ist verboten. Verantwortlich für den politischen und literarischen Theil: W. S. Müller von Wehl; für den übrigen Theil und die Anzeigen: G. Rotherbach, beide in Wiesbaden. Druck und Verlag der W. S. Müller'schen Buch-Druckerei in Wiesbaden.

